

Streit um Massentests und Messgeräte

Schutzmassnahmen im Klassenzimmer Das Ende der Sommerferien steht vielerorts bevor, die Pandemie dauert an. Die Dachverbände der Lehrpersonen wünschen klare Vorgaben, doch die Kantone haben unterschiedliche Strategien. Wie geht es an den Schulen weiter?

Charlotte Walser

Es ist das zweite Schuljahr, das während der Pandemie beginnt – und wieder ist vieles unklar, wieder sind die Akteure uneins. Der Bund ruft die Kantone zu Massnahmen auf, die Kantone monieren einen Eingriff in ihre Kompetenzen: ein Déjà-vu.

Nun ist auch noch ein Streit zwischen den Schulleitungen und den Lehrerinnen und Lehrern entbrannt. Kurz vor Schulbeginn – in den meisten Kantonen startet die Schule nächste Woche oder in zwei Wochen – haben sich gestern die Dachverbände der Lehrpersonen in der Deutschschweiz und der Romandie, LCH und SER, zu Wort gemeldet.

Sie rufen die Verantwortlichen zu einem guten Gesundheitsmanagement auf. Nur so sei ein weitgehend normaler Schulalltag möglich, sagte Franziska Peterhans, die Zentralsekretärin des LCH, vor den Medien in Bern. «Die Pandemie ist noch überhaupt nicht vorbei.»

Ein Messgerät in jedem Klassenzimmer

Konkret fordern die Dachverbände, dass sämtliche Klassenzimmer noch in diesem Jahr mit CO₂-Messgeräten ausgestattet werden. Es reiche nicht, zum Lüften aufzurufen, finden sie. CO₂-Messgeräte zeigen an, wann gelüftet werden sollte. Auch kann damit eruiert werden, ob und wo es Luftfilteranlagen braucht, wie Peterhans erklärte.

Der Entscheid zur Anschaffung von CO₂-Messgeräten liegt bei den Schulleitungen. Kostenpunkt: ab 150 Franken pro Gerät. Heute kommen CO₂-Messgeräte nur vereinzelt zum Einsatz. Der Kanton Aargau etwa empfahl Schulen, zu Testzwecken ein paar Geräte anzuschaffen. Bisher habe sich gezeigt, dass man tendenziell lüfte, bevor das Gerät einen zu hohen Wert anzeige, sagt Simone Strub vom Aargauer Bildungsdepartement. «Für einen flächendeckenden Einsatz solcher Geräte sehen wir keine Notwendigkeit.»

Roman Stocker von der Science-Taskforce sieht das anders: CO₂-Sensoren könnten dazu beitragen, die Übertragung durch Aerosole zu begrenzen, insbesondere in der kalten Jahreszeit, wenn ausreichendes Lüften schwierig sei oder vergessen



An vielen Schulen gehörten Speicheltests in den vergangenen Monaten zum Alltag: Primarschule Köniz-Buchsee. Foto: Nicole Philipp

werde. Es handle sich um eine der kostengünstigsten und am wenigsten einschneidenden Massnahmen, sagt Stocker. In Schulen hätten CO₂-Sensoren auch langfristige Vorteile, da sie eine optimale Luftqualität für das Lernen gewährleisten.

Lehrerinnen und Lehrer gegen Schulleitungen

Ebenfalls wichtig sind aus Sicht von Experten die regelmässigen Massentests an den Schulen. Damit könnten Fälle frühzeitig erkannt und Übertragungsketten unterbrochen werden, so Stocker. Dies erlaube es, Unterbrechungen und Einschränkungen des Schulbetriebs zu minimieren. Das sehen auch die Verbände der Lehrpersonen so. Seien die Massentests einmal organisiert, sei der Zeitaufwand gering, sagt SER-Präsident Samuel Rohrbach.

Damit stellen sich die Lehrerinnen und Lehrer gegen die Schulleitungen, deren Verband die repetitiven Massentests ablehnt. Der Aufwand für Massentests sei zu gross, sagte der Präsident des Verbandes der Schulleiterinnen und Schulleiter, Thomas Minder, in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». Die bisherigen Erfahrungen zeigten, dass damit kaum versteckte Fälle entdeckt würden.

Um die Massentests streiten auch der Bund und die Kantone. Bundesrat Alain Berset hatte die Kantone schon vor den Sommerferien dazu aufgerufen, repetitive Massentests durchzuführen. Die Erziehungsdirektorenkonferenz reagierte mit Kritik. Dieser Entscheid liege in der Kompetenz der Kantone.

Den Bund hielt dies nicht davon ab, seinen Appell zu wieder-

holen: Im Informationsschreiben von Ende Juli empfahl er den Kantonen «dringend», die Tests nach den Sommerferien weiterzuführen beziehungsweise einzuführen. Das Testen minimiere den Bedarf an zusätzlichen Massnahmen in Schulen, schrieb das Innendepartement von Gesundheitsminister Alain Berset. Der Effekt sei nachgewiesen.

Viele Kantone wollen der Aufforderung nachkommen und regelmässige Speicheltests durchführen. Manche Kantone – etwa der Kanton Bern – planen allerdings, die Tests nach einigen Wochen einzustellen, falls sich die epidemiologische Lage nicht verschlechtert.

Keine repetitiven Massentests sind an den Schulen im Kanton St. Gallen vorgesehen. Getestet wird nur bei Corona-Ausbrüchen. St. Gallen setze weiterhin auf das

verhältnismässige, wirksame, zweckmässige und wirtschaftliche Ausbruchttesten, sagt Jürg Müller, stellvertretender Leiter des Amtes für Volksschule. In der Vergangenheit hätten die Kantone, die regelmässige Massentests durchführten, keine besseren Resultate erzielt. Andere Kantone haben noch nicht definitiv entschieden. Sie wollen abwarten, wie sich der Bundesrat diese Woche zur Lage äussert.

Maskenpflicht für ungeimpftes Personal

Nicht im Vordergrund steht derzeit eine erneute Maskenpflicht an Schulen. Allerdings wurden Forderungen nach einer Maskenpflicht für ungeimpfte Lehrerinnen und Lehrer laut. Für die Verbände kommt das nicht infrage. LCH-Zentralsekretärin Franziska Peterhans weist darauf

Keine Daten zu Ausbrüchen

An Schulen kann es zu Corona-Ausbrüchen kommen. Weil diese nicht zentral erfasst werden, liegen keine gesicherten Informationen zur Häufigkeit vor. Das wird sich im neuen Schuljahr nicht ändern. Das Bundesamt für Gesundheit schreibt auf Anfrage, es stehe in regelmässigem Kontakt mit den Kantonen. Ein zentrales Monitoring sei jedoch im Moment nicht geplant. Dies bemängelt die private Initiative Schulcluster.ch. Seit Februar sammelt sie selber Informationen zu Ausbrüchen und macht diese mittels einer Gefahrenkarte öffentlich. Auf den sozialen Medien fordern die Betreiber strengere Massnahmen zum Schutz der Kinder. (red)

Moderna für 12- bis 17-Jährige

Der Corona-Impfstoff des US-Herstellers Moderna kann in der Schweiz auch Kindern und Jugendlichen im Alter zwischen 12 und 17 Jahren gespritzt werden. Die Arzneimittelaufsicht Swissmedic hat gestern die befristete Zulassung des Wirkstoffs aufgrund einer fortlaufenden Studie mit 3732 Kindern erweitert. Er ist damit der zweite Corona-Impfstoff, der auch jungen Menschen verabreicht wird. Seit Anfang Juni ist der Impfstoff von Pfizer/Biontech für 12- bis 15-Jährige zugelassen. (sda)

hin, dass Lehrerinnen und Lehrer auf Basis der geltenden rechtlichen Grundlagen nicht bekannt geben müssen, ob sie geimpft sind oder nicht.

Die Massnahmen an den Schulen dürften auch am Donnerstag ein Thema sein, wenn sich Gesundheitsminister Alain Berset mit den Kantonsvertretern trifft. Die Dachverbände der Lehrpersonen wünschen sich klare Vorgaben. Darauf seien die Lehrerinnen und Lehrer angewiesen.

Manchen Fachleuten gehen die Schutzmassnahmen an den Schulen nicht weit genug. In vielen Schulen gehe es nun los, schreibt der Neurowissenschaftler Dominique de Quervain auf Twitter – «ohne Masken, ohne Tests, ohne Luftfilter». So werde eine Durchseuchung der Kinder in Kauf genommen, und das sei nicht unproblematisch.